

Antrag zum 77. Landeskongress

Antrag 600

der Jungen Liberalen Niedersachsen am 09./10. März 2019 in Osnabrück

Antragsteller: KV Osnabrück-Stadt & KV Göttingen

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 77. Landeskongress möge beschließen:

1 Internationaler Schutz für queere Personen

Die Jungen Liberalen fordern die Schaffung eines Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung sowie der Geschlechtsidentität auf Ebene der Vereinten Nationen.

Dieses Übereinkommen muss insbesondere beinhalten:

- ein Verbot der Kriminalisierung von einvernehmlichen gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen zwischen einwilligungsfähigen Personen,
- die Einführung eines einheitlichen Schutzalters für hetero- und homosexuelle Handlungen,
- die Gewährleistung der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit für queere Personen,
- das Recht von queeren Personen offen in den Streitkräften ihres jeweiligen Staates zu dienen,
- das Recht auf Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare und die Gleichbehandlung dieser Ehen in allen rechtlichen Belangen, vor allem im Steuer-, Familien-, Erb- und Adoptionsrecht,
- den gleichen Zugang zu Reproduktionsmedizin für queere Personen im jeweiligen Staat,
- die Verpflichtung über queere Personen und ihre Rechte auch in der Schule aufzuklären und diese Aufklärung keinesfalls zu behindern oder zu verbieten,
- die Verpflichtung zum staatlichen Schutz vor Diskriminierungen und Verfolgungen durch nichtstaatliche Akteure,
- das Verbot von Diskriminierung in arbeits- und zivilrechtlichen Verhältnissen,
- das Verbot von Konversionstherapien an Minderjährigen und das Verbot derartiger Therapien an volljährigen Personen durch öffentliche Mittel zu finanzieren,
- die Option, auch ohne geschlechtsangleichende Operation, dass im Pass bzw. Personalausweis eingetragene Geschlecht zu ändern sowie die Einführung eines dritten Geschlechts oder alternativ die Abschaffung des juristischen Geschlechts.

Um die Einhaltung des Übereinkommens zu kontrollieren wird ein Ausschuss für die Rechte queerer Personen geschaffen, der regelmäßig Berichte über den Stand der Verwirklichung des Übereinkommens in den einzelnen Vertragsstaaten erstellt und Beschwerden von Vertragsstaaten, Einzelpersonen oder Menschenrechtsorganisationen anhört.

Sunset: 10 Jahre

Begründung:

Bisher gibt es keinen verbindlichen völkerrechtlichen Vertrag, der die Rechte von queeren Personen schützt, sondern lediglich eine nichtbindende Erklärung der UN-Generalversammlung

36 aus dem Jahr 2008. Auch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte
37 verbietet eine Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung oder der
38 Geschlechtsidentität nicht ausdrücklich.

39 Indes werden queere Personen in vielen Ländern nach wie vor diskriminiert und verfolgt. In
40 zahlreichen Staaten stehen homosexuelle Handlungen unter Strafe, teilweise sogar unter
41 Todesstrafe oder ist die Meinungs- und Versammlungsfreiheit für queere Personen
42 eingeschränkt.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 77. Landeskongress vom 09. bis 10. März 2019 in Osnabrück.